

Antrag

der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

Sofortige und bedingungslose Freilassung von Aung San Suu Kyi

Der Bundestag wolle beschließen:

Am 30. Mai wurde Aung San Suu Kyi zusammen mit 19 Mitgliedern der Oppositionspartei „Nationale Liga für Demokratie“ (NLD) verhaftet und als politische Gefangene in die Hauptstadt Rangun gebracht. Der Deutsche Bundestag verurteilt in diesem Zusammenhang aufs Schärfste gewaltsame Aktionen, bei denen Menschen getötet und verletzt wurden.

Das Militärregime in Burma/Myanmar hat damit einen Prozess des politischen Dialogs unterbrochen, der im letzten Jahr mit der Aufhebung des Hausarrests von Aung San Suu Kyi und der Freilassung zahlreicher politischer Gefangenen weltweit Hoffnungen auf eine schrittweise Demokratisierung des Landes geweckt hatte.

Die Vorsitzende der NLD und Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi hatte erst vor kurzem eine einmonatige Reise in den Norden des Landes unternommen. Die regierungskritischen Reden der Politikerin dienten dem Regime jetzt als Vorwand für die als Schutzgewahrsam deklarierte Inhaftierung. Der Schlag gegen sie richtet sich auch gegen ihre Partei. Sämtliche Büros der „Nationalen Liga für Demokratie“ wurden geschlossen und versiegelt.

Der Deutsche Bundestag unterstützt die Bundesregierung bei all ihren Bemühungen, für die sofortige Freilassung von Aung San Suu Kyi und weiterer politischer Gefangenen einzutreten, und bittet alle befreundeten Regierungen um rasche diplomatische Intervention. Er bittet außerdem UN-Generalsekretär und Friedensnobelpreisträger Kofi Annan, sich persönlich für Aung San Suu Kyi einzusetzen.

Berlin, den 4. Juni 2003

Franz Müntefering und Fraktion

Dr. Angela Merkel, Michael Glos und Fraktion

Katrin Göring-Eckardt, Krista Sager und Fraktion

Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion

